

Platz abbeck

Nr. 4, 26. Mai 2011

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Stadtbibliothek richtet sich bei knappen Ressourcen neu aus

In der Sitzung des Rates am 26. Mai stellt die Stadtbibliothek ihr neues Strategiekonzept vor. Die Bibliothek soll damit die Bedürfnisse der Benutzer besser noch als bisher bedienen können. Grundlage für diese Neuausrichtung sind unter anderem die Ergebnisse eines Kooperationsprojektes zwischen der Stadtbibliothek und der FH Köln.

Die Stadtbibliothek versucht, aus einer schwierigen Situation das Beste herauszuholen. Wie eine Anfrage der LINKEN im März ergeben hatte, ist die Kölner Stadtbibliothek deutlich schlechter mit Personal und mit Sachmitteln ausgestattet als andere Großstadtbibliotheken. Sie muss mit gerade einmal 55 % des Personals pro Einwohner auskommen, das andere Großstädte zur Verfügung stellen. Ähnlich sieht es beim Medienetat aus, mit dem Neuanschaffungen der Stadtbibliothek finanziert werden.

Die Stadtbibliothek wird sich in dieser Situation vor allem auf die Gruppen konzentrieren, die die Bibliothek stark nutzen und sich an ihren Bedürfnissen und Interessen ausrichten. Zwar ist dies sinnvoll, es birgt jedoch die Gefahr, dass ärmere, bildungsfernere Schichten abgehängt werden. Sie nutzen bislang schon die Bibliothek weniger als die Mittelschicht.

Hilfreich könnte hier aber eine weitere Vorlage sein, die ebenfalls im Rat beraten wird. Es geht um die Zusetzung von insgesamt 4,5 Stellen in 2012. Die neuen Stellen werden es ermöglichen, die Zweigstellen in den Stadtteilen auch am Samstag zu öffnen. Probeweise Samstagsöffnungen haben gezeigt, dass die Stadtbibliothek hiermit viele neue Benutzer gewinnen kann.

Die Stadtbibliothek muss in den Stadtteilen präsent sein, um dort die Leute zu erreichen. Das hat auch die Kürzungswelle von 2003 unter schwarz-grün gezeigt. Damals wurden 4 von 17 Zweigstellen geschlossen. Auch wurde der Medienetat quasi halbiert. In der Folge brachen die Besucherzahlen und Entleihungen um 10-15 % ein. wk

Kreativwirtschaft in Köln – Vom lästigen Störer zum umworbenen Wirtschaftsfaktor?

Dr. Thomas Flierl (im Foto rechts), ehemaliger Kultursenator in Berlin und jetzt stadtentwicklungspolitischer Sprecher der LINKEN Landtagsfraktion, und Dr. Konrad Schmidt-Werthern (im Foto links), der Leiter des Kulturamtes der Stadt Köln, diskutierten im Design Quartier in Ehrenfeld. Die Diskussion wurde von Sengül Senol, Ratsmitglied der LINKEN, moderiert. Die beiden Redner hatten früher in der Berliner Kulturverwaltung zusammengearbeitet. Die Diskussion profitierte von diesem gemeinsamen Erfahrungsschatz.



Thomas Flierl führte aus, dass der Kulturbereich in den letzten Jahren eine Aufwertung erfahren habe. Kultur wird mehr als früher als bedeutsamer Standortfaktor gesehen. Es sei wichtig, bei dieser Entwicklung die Bedeutung der Kultur für das Gemeinwesen im Blick zu behalten. Kultur ist in der Lage zwischen verschiedenen Milieus zu vermitteln, indem sie Erfahrungen über-

Dr. Schmidt-Werthern wies darauf hin, dass die Berliner Kulturszene nach 1990 sehr von ungenutzten Geländen und Gebäuden profitierte, die sie nach eigenen Bedürfnissen gestalten konnte. Durch zunehmende wirtschaftliche Nutzung schrumpfen diese Räume. In Köln sind solche Räume immer schon knapp gewesen. Kulturelle Initiativen stehen in Konkurrenz zu Investoren

und anderen Interessengruppen. Vertreter des Autonomen Zentrums in Kalk konnten diese Einschätzung mit ihren Erfahrungen bestätigen. Räume für selbstorganisierte Projekte und Veranstaltungen ohne kommerzielle Interessen sind rar in Köln. Lange vergebliche Versuche, mit der Stadtverwaltung in Verhandlungen zu kommen, hatten schließlich zu der Besetzung der leerstehenden KHD-Kantine geführt.

Auch ein Vertreter der Künstler-Gruppe CAP-Cologne betonte, dass Kommunikation mit der städtischen Verwaltung mit

unter sehr mangelhaft ist. Kulturelle Initiativen hängen derweil mit ungewisser Zukunft in der Schwebe. Norbert Oberhaus (c/o pop) hob das ehemalige 4711-Haus in der Venloer als gelungenes Beispiel einer Umnutzung für kulturelle Zwecke hervor. Marina Barth, Leiterin des Klingelpütztheaters, wies auf die besondere Attraktivität kulturell geprägter Stadtviertel hin, die noch viel zu wenig im

Fokus Kölner Kulturpolitik steht.

Es muss eine der Aufgaben der Kölner Kulturpolitik sein, Räume für kulturelle Projekte, für nichtkommerzielle Initiativen und Veranstaltungen zu schaffen und zu sichern. Kultur ist häufig nicht marktfähig, aber sie ist wichtig für die Stadtgesellschaft.

wk, Sengül Senol

Stellungnahme der LINKEN gegen den Ausbau des Godorfer Hafens auf den Seiten 4 und 5

Hintergrundinformationen unter: www.linksfraktion-koeln.de/godorfer_hafen.html



Einmal über die Brücke und zurück – das war's

Kein „Pro“-Marsch durch die Innenstadt von Köln

Über 3.000 Menschen protestierten am Samstag, den 7.5. gegen den sogenannten „Marsch der Freiheit“ von „pro Köln/NRW“. Viele Menschen waren an unterschiedlichen Orten aktiv.

Vorher: Bereits mehrere Tage vorher zeichnete sich ab, dass die Polizei nicht nur einen Marsch über die Deutzer Brücke mit anschließender Kundgebung auf dem Heumarkt gebilligt hatte, sondern auch eine Demonstrationroute durch das Schwulenviertel im Bereich Hohe Pforte und durch das Griechenmarkt-Viertel.

Samstag früh: Bereits am Freitag lag die Information vor, „pro Köln“ sammelt sich außerhalb von Köln. Es gab einen Bus am Flughafen und eine Anreise von „pro-Köln“-Funktionären über Opladen/Leverkusen. Hier stießen auch die belgischen Rassisten hinzu. 200 Antifaschistinnen und Antifaschisten blockierten den Zug erfolgreich über zwei Stunden.

Das hatte dann gute Auswirkungen auf den Gesamtverlauf des rassistischen Aufmarsches.

Samstag 10.30 Uhr: 600 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung in der Kirche St. Heribert. Das war kein normaler Gottesdienst, sondern eher eine Protestveranstaltung, die dazu führte, dass „Pro“ sich nicht in der Deutzer Freiheit aufstellen konnte, sondern abseits jeder Öffentlichkeit.

Nach der Protestveranstaltung ging es dann in einer Demonstration durch Deutz über die Hohenzollernbrücke zur Frankenwerft. Auf der Hohenzollernbrücke hing ein Plakat von 22 Metern Länge mit der Lo-



sung: „Wir stellen uns quer. Kein Rassismus in Köln!“ Im Bereich Heumarkt/Alter Markt sammelten sich schon die Menschen. Als die Demonstration von der rechten Rheinseite an der Frankenwerft ankam, führte das Bündnis „Köln stellt sich quer“ mit ca. 1.000 Personen eine Kundgebung durch.

Rednerinnen und Redner der Kirchen, der muslimischen Gemeinde, von DITIB, der DGB-Landesvorsitzende und Vertreter von SPD, Grünen und der LINKEN sprachen zu den Teilnehmern. Rolly Brings und Söhne unterstützten musikalisch.

14 Uhr: „Pro Köln“ wollte um 12 Uhr demonstrieren. Erst gegen 14 Uhr trafen die letzten Anhänger in zwei eilig herbei geschafften Sonderbussen aus Opladen ein. Als sie über die Brücke zogen, zeigten die

Kundgebungsteilnehmer von „Köln stellt quer“ den Rechten demonstrativ ihr Hinterteil. Auf dem Heumarkt angekommen, wurde „pro Köln“ heftig ausgepöfeln. Die Polizei hatte mit einem doppelten Ring von Polizeiautos eine Art Wagenburg gebildet, unmittelbar am umstrittenen Reiterdenkmal von Kaiser Wilhelm.

16 Uhr: Viele Demonstrantinnen und Demonstranten aber zogen auch schon weiter und bildeten Menschenblockaden an der Hohen Pforte, an der Cäcilienstraße und an den Bächen.

„Pro“ aber war platt und leistete der Aufforderung der Polizei zurückzumarschieren keine Widerrede. Gegen 16 Uhr zogen sie wieder ab über die Deutzer Brücke. Die Blockaden wurden beendet.

Jörg Detjen

Große Anfrage zum Rechtsextremismus in NRW: Die Pro-Bewegung wächst

Im Dezember 2010 stellte die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW eine Anfrage zum Thema Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen. Die Antwort der Landesregierung belegt, dass es auch in Köln immer wieder zu rassistisch motivierten Übergriffen von Rechtsextremen kommt. In ganz NRW kam es zwischen 2005 und 2010 zu insgesamt 18.003 rechtsextremistisch motivierten Straftaten – in Köln waren es 648, darunter auffällig viele Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die pro Bewegung bzw. die Gruppierung pro Köln. Letztere hat zwischen August 2008 und November 2010 mit einer Ausnahme sämtliche Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlun-

gen in Köln ausgerichtet, an denen Rechtsextremisten/Neofaschisten teilnahmen. Nicht nur diese Tatsache zeigt, dass es pro Köln offenbar gelungen ist, rechte Themenfelder zu besetzen und dass der Verein in der Lage ist, rechtsextreme und islamfeindliche Kräfte zu bündeln. Unlängst korrigierte sich auch der Verfassungsschutz und stellte fest, dass es sich bei pro Köln um eine verfassungsfeindliche Gruppierung handelt. Dennoch wächst in Köln die Zahl potentieller Anhänger oder Sympathisanten der rechtspopulistischen und islamfeindlichen pro Bewegung, während andere Gruppierungen, wie z. B. die NPD, immer bedeutungsloser werden.

In NRW sind ca. 4.000 Personen in rechtsextremen Vereinigungen organisiert.

Bei den Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund liegt NRW an der Spitze der Bundesländer. Teilweise konnten aber Fragen der Fraktion DIE LINKE auch deshalb nicht beantwortet werden, weil Begriffe wie „islamfeindlich“ oder „Neofaschismus“ im Begriffssystem des Verfassungsschutzes zu „Politisch motivierter Kriminalität Rechts“ nicht definiert sind.

Gerade das Themenfeld „Islamfeindlichkeit“ müsste aber dem bundesweit einheitlichen Katalog hinzugefügt werden, da diese Form des Rassismus weit verbreitet ist. So glauben 39 Prozent der deutschen Bevölkerung, laut einer Studie des Sinus-Instituts von 2009, die meisten Muslime seien gewalttätig und intolerant.

Marie Kuster

Aus den Bezirksvertretungen

■ Nippes

Nippesbad ist unverzichtbar, Bäder für alle!

Unter diesem Motto gingen am Samstag den 14. Mai 150 Nippeser Bürger und Bürgerinnen auf die Straße, um gegen die mögliche Schließung des Hallenbades an der Friederich-Karl-Straße in Nippes zu demonstrieren. Dem Aufruf der Nippeser Initiative zum Erhalt des Bades waren die unterschiedlichsten Menschen gefolgt – von jungen Familien, über die Damen von den „Gesundheitsschwimmern“, DLRG, Sportvereine bis hin zu Mitgliedern von SPD und DIE LINKE.

DIE LINKE arbeitet seit Jahren in der Initiative mit und unterstützt ihr Anliegen in der Bezirksvertretung, im Rat und im Aufsichtsrat der Kölnbäder. Nun soll der Rat der Stadt Köln noch vor der Sommerpause über die endgültige Schließung abstimmen.

Ein großer Erfolg war, dass das Nippesbad bis heute als Schul- und Vereinsbad offen geblieben ist. Das Bäderkonzept der Stadt sah die Schließung der Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden schon vor Jahren vor.

Auf den Straßen in Nippes wurden fast 10.000 Unterschriften für den Erhalt und die Öffnung des Bades für die Allgemeinheit gesammelt.

Der Stadtbezirk Nippes braucht ein eigenes Hallenbad, denn das neue Spaßbad „Lentpark“, das als Ersatz für das Schwimmbad am Eisstadion errichtet wird, kann nicht die Aufgaben des Nippesbades übernehmen. Das Bad wird zurzeit von Schulen und Vereinen und angemeldeten Gruppen genutzt, sollte aber selbstverständlich auch wieder für die Allgemeinheit geöffnet werden. Das Nippesbad leistet jetzt schon einen großen und notwendigen Beitrag für die Schwimmbildung in Köln. Ohne das Nippesbad kann das Programm „Schwimmen macht Schule“ – alle Grundschüler sollen schwimmen lernen – nicht umgesetzt werden.

Im Jahre 2009 haben rund 135.000 Menschen das Bad in Nippes besucht. Über 46.000 Schülerinnen und Schüler haben ihre Runden in Nippes gedreht und über 5.000 Kinder haben im Programm „Sicher Schwimmen“ in Nippes das Schwimmen gelernt. Schwimmbildung und ein öffentliches Hallenbad sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge – wer hier von Kostendeckung spricht, verleugnet die eigentlichen Aufgaben einer Stadt.

Die Kosten im Blick beschloss die Bezirksvertretung Nippes, dass das Nippesbad langfristig erhalten bleiben soll und ökologisch saniert werden sollte. Dies ist der Beschluss, den auch der Rat der Stadt Köln fassen muss.

André Willige

steige im Hauptbahnhof absolut nicht hinnehmbar!

Der Regionalverkehr hat für die Linke absoluten Vorrang! Nur ein attraktiver Regionalverkehr bringt unsere Mitbürger von der Straße auf die Schiene!

Es ist das gleiche Spiel wie bei Stuttgart 21. Dort wurde der Kopfbahnhof schlecht geredet, weil Phantasiemassen von Reisenden auf der Strecke Paris - Budapest dies absolut nicht hinnehmen würden.

Niemand will in Köln unterirdisch werden. Wenn aber britische Sicherheitsbedenken und deutsche Gründlichkeit einen abgeriegelten Bahnsteig für drei Zugpaare in Köln benötigen, bitteschön: warum nicht in Deutz? Dort sind wesentlich mehr Gleise vorhanden, wenn die Deutsche Bahn AG endlich mal ihre Nord-Süd Schnellbahnverbindungen in den kaum genutzten Bahnabschnitt Deutz Tief verlagern würde. Statt dessen fahren Züge dieser Verbindungen zweimal über die Hohenzollernbrücke und belasten dieses Nadelöhr zusätzlich.

Hans Peter Arenz

■ Umwelt

Köln ist nicht Koblenz

Die Bundesgartenschau 2011 findet in Koblenz statt. Auch der Rat der Stadt Köln hat beschlossen, sich für eine Bundesgartenschau zu interessieren.

In der ersten Planung war das Jahr 2021 ins Auge gefasst worden und als Gelände das des Großmarktes. Durch die nachhaltige Gestaltung soll der Grüngürtel bis an den Rhein geführt werden, hieß es. Mittlerweile sieht es die Verwaltung als realistisch an, eine Bewerbung für 2025 zu planen.

Doch Zeitpläne können durcheinander geraten. Koblenz hatte sich eigentlich für die BuGa 2013 beworben und eine Absage erhalten. In 2004 zog Duisburg seine Bewerbung für 2011 zurück und Koblenz erhielt überraschend und kurzfristig die Option, welche die Stadt wahrnahm. Innerhalb von nur sieben Jahren entstand eine Bundesgartenschau, wie es sie vorher noch nicht gegeben hat. Koblenz nutzte die Möglichkeit, die ganze Stadt umzukrempeln. Die Bundesgartenschau 2011 ist somit auch mehr zur Bundesstadtentwicklungschau geworden.

Ob die Umwelt hierdurch gewonnen hat, bleibt mehr als fraglich: Die Stadtentwicklung jedenfalls hat gewonnen. Wenn Köln etwas aus Koblenz lernen will, dann ist es die Stärkung der eigenen Stadtgärtnerei, die dort erstmal auf Vordermann gebracht wurde und heute sogar 14 Auszubildende beschäftigt. Auch Köln könnte eine grüne Generalsanierung mit Straßenbauprojekten und qualitativem Grün in den Veedeln gut gebrauchen. Dafür aber braucht es eben auch Mitarbeiter, die sich um die Grünflächen kümmern. Wenn das das Ergebnis einer BuGa in Köln ist, dann her damit.

HP Fischer

Aus den Ausschüssen

■ Verkehr

Schneller nach London, Ja! Aber nicht zu Lasten des Regionalverkehrs!

Ab dem Jahr 2013 soll die ICE-Verbindung Frankfurt - Köln - London in Betrieb gehen. Die Deutsche Bahn AG möchte für drei Zugpaare pro Tag den Bahnsteig 1 reservieren. Hört sich gut an, wenn da nicht die Sicherheitswünsche Großbritanniens wären. Alle Personen und Gegenstände müssen durch eine Sicherheitsschleuse, denn Großbritannien gehört nicht zum Schengenraum. Britische Sicherheitsvorstellungen: Bedrohungen durch die IRA oder Al Qaida. Und die schnöde Furcht vor illegalen Einwanderern.

Wie der Kölner Bahnsteig 1 im Jahre 2013 aussehen wird, kann schon seit Jahren am Eurostar Bahnsteig des Pariser Gare du Nord besichtigt werden: Hermetisch abgeriegelter Bahnsteig mit zimmerhohen Glaswänden. Zwei Reihen Sicherheitspersonal, vorne die Livrierten für die Personenkontrolle, dahinter die schwer Be-

waffneten für härtere Fälle. Meterhohe Drahtverhaue bis zur Höhe der Oberleitung, entlang der Aufstellfläche des Zuges und bis weit hinein ins Gleisfeld.

Wozu das Ganze?

Ich fragte in Paris das Sicherheitspersonal der Eurostar Gesellschaft. Bedrohung durch IRA oder Al Qaida, na ja. Es könnten viel eher ungeliebte „Elendstouristen aus den bekannten Weltkrisengebieten“ in die Drehgestelle des Hochgeschwindigkeitszuges klettern und so unbemerkt nach Großbritannien gelangen. Am Kanaltunneleingang bei Coquelles im französischen Département Pas-de-Calais werden selbst Frachtzüge Richtung Großbritannien auf diesen Tatbestand hin systematisch untersucht.

Was kann das nun für Köln bedeuten? Der Bahnsteig 1, an dem zurzeit die Regional- und Fernverkehrszüge Richtung Solingen, Wuppertal, Hagen und Dortmund abgehen, könnte wegen britischer Sicherheitsbedenken und deutscher Zuarbeit komplett für Benutzer des Regional- und Fernverkehrs ausfallen. Und dies ist wegen der beschränkten Anzahl nutzbarer Bahn-

Alle Kölnerinnen und Kölner können abstimmen! Godorfer Hafen: Am 10.7. mit NEIN stimmen!

*Liebe Kölnerinnen
und Kölner,*

Sie haben in Köln das erste Mal die Chance, ein Votum zu einer wichtigen kommunalpolitischen Entscheidung abzugeben!

Beteiligen Sie sich an der Befragung am 10.07.2011 über den Ausbau des Godorfer Hafens. Wir empfehlen Ihnen: Stimmen Sie mit NEIN!

Eine hohe Wahlbeteiligung hilft, all jene Kritiker in die Schranken zu weisen, die Bürgerentscheide ablehnen. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die Beteiligung der Kölnerinnen und Kölner auf allen Ebenen der Stadtpolitik gestärkt und verbessert wird. Deshalb haben wir den Vorschlag für eine Bürgerbefragung von Anfang an unterstützt und uns dafür eingesetzt, dass alle Kölnerinnen und Kölner ab 16 abstimmen dürfen.

Ein großer Teil aller Kölnerinnen und Kölner darf bis heute nicht an wichtigen Wahlen teilnehmen. So sind z.B. bei Kommunalwahlen Nicht-EU-Bürger ausgegrenzt. Viele von Ihnen werden sich vielleicht an die Forderungen zahlreicher Verbände erinnern, die für ein kommunales Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten – die schon lange in Deutschland leben – eintreten.

Eine Befragung nach geltender Praxis hätte 103.000 Menschen ausgegrenzt. Des-

halb haben wir vorgeschlagen, bei der Befragung zum Ausbau des Godorfer Hafens alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, damit sich alle Einwohnerinnen und Einwohner Kölns beteiligen können.

Wenn Sie seit mindestens drei Monaten in Köln leben, dürfen Sie mit abstimmen, egal welche Staatsbürgerschaft oder Nationalität Sie haben!

Das stellt ein Novum in ganz Deutschland dar und setzt demokratische Maßstäbe.

Bislang hat keine andere deutsche Großstadt ihre Einwohnerinnen und Einwohner so umfassend beteiligt.

Bitte sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden und ihren Nachbarn über diese Abstimmung – ob Kölner mit deutschem, EU- oder Nicht-EU-Pass.

Sie alle entscheiden, wie die Zukunft nicht nur der Häfen, sondern des Rheins in Köln aussehen wird!

*Liebe Kölnerinnen
und Kölner,*

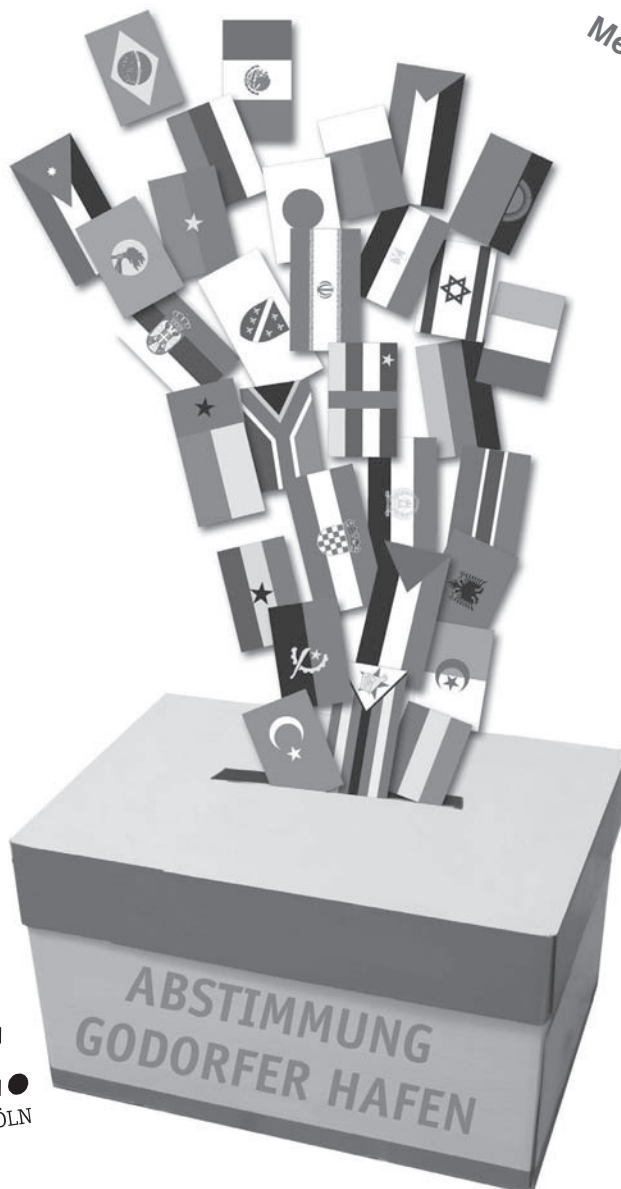
die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt unterstützt den Erhalt und die Modernisierung aller vier Kölner Häfen.

Aber: Wir lehnen einen Ausbau des Godorfer Hafens entschieden ab!

Nach derzeitiger Schätzung wird ein Ausbau des Godorfer Hafens 65 Mio. Euro kosten. Wenn man eine solche Summe in die Hand nimmt, dann sollte man sorgfältig abwägen: Den Nutzen des neuen Hafens, günstigere Alternativen – wie einen Ausbau in Niehl, die Schäden an der Umwelt und die Folgen für den Hochwasserschutz.

Die einzige Planungsgrundlage ist aber bislang ein längst überholtes Hafenkonzzept von 1988. Jetzt, ein Vierteljahrhundert später, sind viele der damaligen Prognosen überholt, z. B. was die Verkehrsentwicklung oder die damals noch unbekannteren Folgen des Klimawandels für die Schiffbarkeit des Rheins angeht. Nicht einmal der Godorfer Hafen soll in derselben Form ausgebaut werden, wie es damals geplant war.

Der Mangel an verlässlichen Informationen und solider Planung ist der Kölner Politik zuzuschreiben. Eine Koalition von SPD und CDU versprach 2004 den Ausbau voranzubringen und scheiterte mit ihrem Vorhaben kläglich. Die aktuelle rot-grüne



Mehr Infos: www.linksfraktion-koeln.de/godorfer_hafen.html

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Fraktion DIE LINKE.
im Rat der Stadt Köln
Haus Neuerburg · Gülichplatz 1-3
50667 Köln
Tel. 22 1-27840 · Fax. 22 1-27841
E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de
V.i.S.d.P.: Jörg Detjen

Koalition ist über den Ausbau zu tiefst zerstritten. Im Februar 2010 beauftragte sie die HGK mit der Erstellung eines Logistikkonzepts für die Kölner Häfen. Aber auch dieses wird, wie der Oberbürgermeister jüngst mitteilte, erst 2012 fertig sein! Mit veralteten Daten lässt sich keine verlässliche, langfristige und nachhaltige Hafenpolitik machen. Häfen werden für eine langfristige Nutzung gebaut, sie bestehen 100 Jahre und länger. Deshalb sind vor einem Neubau aktuelle und verlässliche Daten und ein umfassendes Hafenkonzept notwendig. **Ihr NEIN wird einen Ausbau stoppen, für den bislang nur die Behauptungen der Befürworter sprechen!**



Deutzer Hafen



Niehler Hafen I



Niehler Hafen II

Alle 4 Kölner Häfen müssen erhalten bleiben

Der Ausbau des Godorfer Hafens wäre ein weiterer Schritt weg von der dezentralen Hafenlandschaft Kölns. Unter der Hand arbeiten die etablierten Parteien bereits daran, den Deutzer Hafen wie zuvor den Rheinauhafen für gehobene Wohn- und Büroraumbauung umzunutzen.

Wir meinen, der Deutzer Hafen muss ein Hafen für die Kölner Wirtschaft bleiben.

Köln hat immer auf ein dezentrales Hafenkonzept gesetzt. So wurden zwischen 1880 und 1928 der Mülheimer Hafen, der Rheinauhafen, der Niehler Hafen und der Godorfer Hafen angelegt. Durch dezentrale Häfen kann überflüssiger Verkehr vermieden werden. Die Güter werden dort angelandet, wo sie gebraucht werden bzw. wo die Wege zum Zielort am kürzesten sind.

Die Kölner Häfen und die umliegende Industrie haben sich gemeinsam entwickelt und sind aufeinander angewie-

sen. Von ihrem Zusammenspiel hängen Arbeitsplätze ab.

Der für Ford wichtige Niehler Hafen bietet noch Kapazitäten. Derzeit wird er zum Teil als Zwischenlager für Transporte genutzt, die mit Schiffsverkehr nicht in Verbindung stehen.

Eine stärkere Nutzung des Niehler Hafens muss für die Anwohner verträglich gestaltet werden. Durch eine konsequentere Nutzung des schon existierenden Container-Shuttles auf der Schiene könnte der dortige LKW-Verkehr begrenzt werden.

Logistik, Verkehr und Wirtschaft müssen gemeinsam mit den umliegenden Kommunen entwickelt werden. Den Rhein flussauf- und flussabwärts gibt es Häfen, die Partner für die Kölner Hafengesellschaft sein können und mit denen zusammen das Transportwesen auf dem Rhein geplant werden sollte. Deshalb begrüßen wir die Zusammenarbeit der HGK mit Neuss. Sie muss ausgebaut und vorangetrieben werden.

Der Ausbau des Godorfer Hafens führt aber nicht zu mehr Zusammenarbeit, sondern zu einer Konkurrenz der Hafenstandorte. Mit dem Godorfer Hafen würden massive Überkapazitäten im Container-Bereich aufgebaut. **DIE LINKE lehnt es ab, mit öffentlichen Geldern und mit der Zerstörung einer Naturlandschaft die Häfen am Rhein in einen ruinösen Wettbewerb zu treiben.**

Umweltpolitik ist ein unverzichtbarer Bestandteil moderner nachhaltiger Stadtpolitik. Der Rhein ist nicht nur eine Wasserautobahn mit Häfen, sondern auch Erholungsgebiet für die Kölnerinnen und Kölner. **Wirtschaft und Ökologie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie müssen aufeinander abgestimmt sein.** Zusammen mit dem Logistikkonzept benötigt Köln ein Konzept über die zukünftige Nutzung des Rheins und seiner Auen als Erholungsgebiet.

Liebe Kölnerinnen und Kölner, lassen Sie einen Ausbau des Godorfer Hafens nicht zu! Köln braucht ein Gesamtkonzept zur Entwicklung aller vier Häfen und die Optimierung des Rheins als Erholungsgebiet für alle!
Stimmen Sie am 10. Juli 2011 mit NEIN!



NEIN zum Godorfer Hafenausbau!

- ...❖ Keine Hafenüberkapazitäten – Kooperation statt Konkurrenz mit Nachbarhäfen!
- ...❖ Alle 4 Kölner Häfen müssen erhalten bleiben, um Arbeitsplätze zu sichern!
- ...❖ Den Rhein als Erholungsgebiet für Alle erhalten!
- ...❖ Einwohnerbefragung nutzen! – Alle Kölnerinnen und Kölner können abstimmen!

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Aus den Ausschüssen

■ Schule und Bildung

Mangelnde Sprachkompetenz bei Kölner Kindern festgestellt

Im Schulausschuss wurden die Ergebnisse der Sprachstandsfeststellung der Jahre 2009 und 2010 vorgestellt. Sie erhebt den sprachlichen Entwicklungsstand Kölner Kinder zwei Jahre vor ihrer Einschulung.

Dabei wurde in den verschiedenen Stadtteilen ein unterschiedlicher Sprachförderbedarf festgestellt. In Lindenthal beträgt z.B. der Sprachförderbedarf 10 %, in Kalk dagegen 40 %. In 9 der 86 Kölner Stadtteile benötigt jedes zweite Kind eine Sprachförderung.

40 % der Kinder, die aus einer Familie kommen, in der kein Deutsch gesprochen wird, benötigen eine Sprachförderung. Ist die Familiensprache Deutsch, so benötigen 21 % der Kinder Sprachförderung.

Neben der Familiensprache spielt auch die soziale Situation, in der die Kinder aufwachen, eine entscheidende Rolle in der Erhebung. Je höher der Anteil der armen Kinder im Stadtteil, desto höher der Anteil der Kinder, die Sprachförderung benötigen (z. B. Chorweiler, Kalk, Finkenbergr). Wir LINKEN werden uns weiterhin für die bessere Förderung der Kinder einsetzen.

Sengül Senol

■ Kultur

In Köln wird Migrantenkultur kaum beachtet

In der letzten Ausschusssitzung Kultur wurde eine empirische Analyse des Kulturangebots mit Fokus auf Internationalität und Interkulturalität durch die Autorinnen Susanne Keuchel und Dominic Larue vom Zentrum für Kulturforschung vorgestellt. Sie untersuchten die veröffentlichten interkulturellen Kulturangebote in Köln. Darüber hinaus wurden die Kölner Migrantenvereine befragt.

Der Anteil der Internationalen Kunstwerke am gesamten Kölner Kulturangebot sowie der Anteil der internationalen Künstler liegen etwa bei einem Drittel. Die internationale Kunst bezieht sich auf Europa bzw. auf Nordamerika (84 %). Auf Kunst aus den Herkunftsländern der Migranten wird eher selten hingewiesen. Erstaunlich ist, dass nur 1 % der Kunst aus der Türkei kommt. Dies entspricht nicht deren Anteil an der Kölner Wohnbevölkerung (ca. 10 %).

Nahezu alle befragten Migrantenvereine (77 Vereine) bieten kulturelle Angebote an. Diese werden kaum in den Veranstaltungshinweisen veröffentlicht. Der Schwerpunkt liegt dabei auf traditionellen Kunstformen aus den Herkunftsländern. Auf

meine Nachfrage zur Finanzierung der migrantischen Kultur konnten die Autoren keine Antwort geben, weil dies kein Bestandteil der Studie gewesen sei.

Die befragten Migranten forderten von der Stadt Köln eine Verbesserung der Förderpraxis sowie die Unterstützung bei der Öffnung und dem Dialog zwischen der interkulturellen Szene und öffentlichen Kulturinstitutionen, die Einbindung von Einwanderer-Communities in interkulturelle Konzepte und eine intensiviertere kulturpolitische Kommunikation nach innen und außen. Die kulturelle Bildung an den Schulen muss zukünftig die Schüler und Schülerinnen an Kunst aus unterschiedlichen Kunstrichtungen und Herkunftsländern heranzuführen.

Sengül Senol

■ Stadtentwicklung

Fortschreibung des Nutzungskonzeptes Kalk Süd beschlossen

In seiner jüngsten Sitzung hat der Stadtentwicklungsausschuss (StEA) die Fortschreibung des Nutzungskonzeptes Kalk Süd beschlossen. Mit der Verabschiedung des Antrages von SPD und Grünen wurde die Verwaltung beauftragt, mehrere Varianten für die künftige Gestaltung des Gebietes nördlich der Dillenburger Straße zwischen der Neuerburger Straße im Westen und Wiersbergstraße bzw. Christian-Sünner-Straße im Osten zu erarbeiten. Das Areal ist auch ein Teil des Stadtentwicklungsprogramms „Rechtsrheinische Perspektiven“. Heute befinden sich auf dem Gebiet diverse Freizeitanlagen, leere Industriehallen und in der ehemaligen Kantine von KHD (Klößner-Humboldt-Deutz) das Autonome Zentrum.

DIE LINKE im Rat der Stadt Köln begrüßt städtische Programme mit dem Ziel, die Lebensbedingungen in den Veedeln zu verbessern. Dies gilt insbesondere für Stadtteile wie Kalk, die viel zu lange nicht im Fokus einer sozialen und gerechten Stadtentwicklungspolitik standen. Noch immer sind Armut und Arbeitslosigkeit in den rechtsrheinischen Stadtteilen weit höher als auf der linken Rheinseite.

Die gezielte Ansiedlung von Arbeitsplätzen, Bildungs- und Kultureinrichtungen ist ebenso wichtig für die Armutsbekämpfung, wie die Bereitstellung von zeitgemäßem und bezahlbarem Wohnraum. Die Fortschreibung des Nutzungskonzeptes Kalk Süd bietet Chancen, eine solche Stadtentwicklung zu betreiben. Allerdings gibt es auch Risiken, daher werden wir das Projekt genau im Auge behalten und dafür kämpfen, dass niemand verdrängt wird – schon mal gar nicht das Autonome Zentrum. Das Autonome Zentrum macht den Stadtteil

Kalk schon heute wesentlich bunter und wird weiter dazu beitragen, dass Kalk ein moderner Stadtteil wird.

Der rotgrüne Antrag im StEA war sehr allgemein gehalten und hat keine konkreten Projekte benannt, – mit einer Ausnahme: die Erweiterung der Kaiserin-Theophanu-Schule. Bei dieser Schule handelt es sich um ein Gymnasium, das dringend mehr Raum braucht, um die große Nachfrage zu erfüllen.



nu-Schule. Bei dieser Schule handelt es sich um ein Gymnasium, das dringend mehr Raum braucht, um die große Nachfrage zu erfüllen.

Es ist erfreulich, dass in einem Stadtteil wie Kalk, der geprägt ist durch Arbeiter- und Migrantenmilieus, die Nachfrage nach Gymnasialplätzen groß ist. Bei der Neugestaltung eines kompletten Veedels sollte aber nicht ausschließlich auf das überholte dreigliedrige Schulsystem gesetzt werden. Das Gelände bietet hervorragende Möglichkeiten, Modelle für gemeinsames Lernen zu entwickeln, z. B. in Form einer Gesamtschule.

Michael Weisenstein

■ Stadtentwicklung

Kostenexplosion beim Rheinboulevard!

Die Kosten für den Bau des Rheinboulevards in Deutz sind erneut stark gestiegen. Dezernent Streitberger bestätigte auf Nachfragen der LINKEN im Stadtentwicklungsausschuss am 19.05.2011 mögliche Gesamtkosten in Höhe von 25 Mio. Euro für das Bauprojekt. Ursprünglich sollten für das Regionale-Projekt nur 6 Millionen Euro ausgegeben werden.

Des Weiteren wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass auch kostengünstigere Varianten für die Gestaltung des Rheinboulevards in Deutz denkbar sind. Als Beispiel wurde eine Verkleinerung der Treppe zum Rhein genannt. DIE LINKE im Rat der Stadt Köln wird sich entschieden gegen eine erneute Kostensteigerung beim Bau des Rheinboulevards einsetzen und fordert, das Projekt deutlich abzuspicken.

Es würde völlig ausreichen das Ufer in Deutz so zu gestalten, dass Spaziergänger/innen barrierefrei am Rheinufer flanieren können. Auf die 450 Meter lange Treppe, die zum Rhein führen soll, muss komplett verzichtet werden! Die Verwaltung soll ausrechnen, wie viel Geld durch den Verzicht auf die Treppe eingespart werden kann.

Es ist nicht zu verantworten 25 Millionen Euro für ein solches Prestigeobjekt auszugeben, wenn im Jugend-, Sozial-, Kulturbereich und im Breitensport jeder Cent zweimal umgedreht werden muss.

Michael Weisenstein

■ Stadtentwicklung

CDU fordert totale Überwachung

Die Kölner CDU im Rat der Stadt Köln hat den schlimmen Überfall und traurigen Tod eines obdachlosen jungen Mannes in Köln zum Anlass genommen, ihre populistischen Forderungen nach Videoüberwachungen in den Stadtrat einzubringen.

Die CDU fordert die ständige Überwachung der KVB Stationen. Die Monitore sollen in Echtzeit überwacht werden. Experten gehen davon aus, dass mindestens 20 Menschen die Monitore permanent überwachen müssen um das Geschehen in den Bahnhöfen dauerhaft beobachten zu können. Mit der Beobachtung oder Aufzeichnung einer Gewalttat ist dem Opfer aber in der akuten Notsituation nicht geholfen. Dies sieht auch die Polizeigewerkschaft so.

Oft dauern Angriffe auf Opfer nur wenige Minuten. Selbst wenn in einer KVB-Leitstelle die Monitore permanent von Menschen beobachtet werden, ist es kaum vorstellbar, dass in drei oder vier Minuten Hilfe vor Ort ist. Es ist also falsch, mit permanenter Videoaufzeichnung den Menschen ein Gefühl von Sicherheit vorzugaukeln.

Wenn die Sicherheit in den Bahnen vor Ort verbessert werden soll, geht das nur mit Personal vor Ort. In Köln fährt seit einiger Zeit auf wenigen Linien und Zügen wieder Servicepersonal mit. Dies ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Hierdurch wird nicht nur die Sicherheit der Fahrgäste erhöht. Ältere oder Menschen mit Handicap profitieren von diesem Personal ebenso wie Touristen, die eine Auskunft zu Fahrplan und oder Tarif benötigen.

Mehr Service und mehr Sicherheit kostet Geld. Geld, das vor allem in die Gehälter von gut qualifiziertem Personal fließen muss. Seit vielen Jahren wird bei der KVB ein hartes Sparprogramm gefahren, in erster Linie durch Personalabbau. Diese Strategie muss überdacht werden, denn Sicherheit in der Bahn und in den Stationen ist nur durch Personal möglich.

Der ÖPNV ist ein wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur einer Großstadt. Die Bevölkerung hat ein Recht auf guten Service und Sicherheit bei der Inanspruchnahme des ÖPNV.

An vorgegaukelter Sicherheit besteht kein Bedarf!

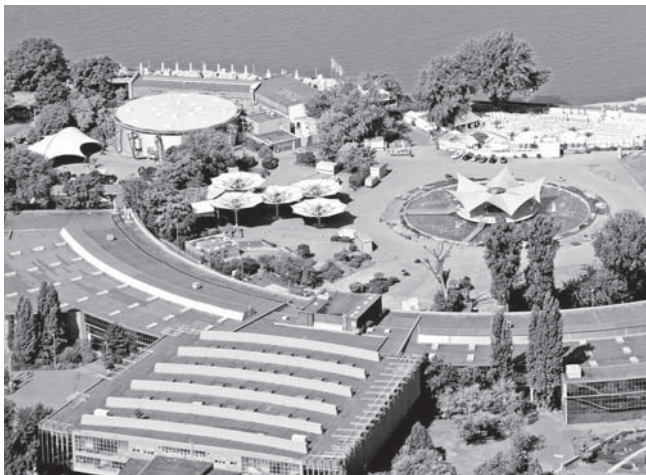
Michael Weisenstein

■ Wirtschaft

Was passiert mit dem Staatenhaus?

Mit einer Anfrage hat sich die Fraktion DIE LINKE an die vergangene Sitzung des Wirtschaftsausschusses gewandt. Die Verwaltung will dem Musical – zurzeit noch im Blauen Zelt – einen neuen Standort verschaffen. Die Oper wird dann während ihres Interims das Blaue Zelt bespielen.

Die Wirtschaftsdezernentin Frau Ute Berg teilte bereits im März in einer Presseerklärung mit: „Mit der Entscheidung des Rates über die vorübergehende Verlagerung



Das Staatenhaus im Rheinpark

der Oper in den Musical-Dom entstand akuter Handlungsdruck für die Stadt, eine neue Spielstätte für ein Musical zu finden.“

„Den akuten Handlungsdruck“ hat sich die Verwaltung aber selber auferlegt, sie hatte vorgeschlagen, das blaue Zelt für die Interimsstätte der Oper anzumieten, obwohl es auch andere Möglichkeiten gab. SPD und LINKE hatte z. B. die damalige Ehrenfelder Lösung favorisiert.

Es liegt nahe, dass die beiden Geschäfte, die Anmietung des Blauen Zeltes durch die Oper und die Vermietung des Staatenhauses an die Musicalgesellschaft miteinander in Verbindung stehen. Den Aspekt sprach DIE LINKE in ihrer Anfrage an.

Die Planungen der Verwaltung über die Nutzung des Staatenhauses änderten sich in den letzten 8 Jahren und in der Folge änderte sich auch der zu veranschlagende Wert des Staatenhauses. Bei dem inzwischen aufgegebenen Konzept, im Staatenhaus Wohnungen und Büroräume zu errichten, waren die aus dem Erbbauzins zu erwartenden Einnahmen drei mal so hoch wie jetzt bei dem Konzept des Musicals.

Wäre es deshalb nicht wichtig, dass der Wert des Staatenhauses mit verschiedenen realistischen Nutzungsmöglichkeiten erneut einmal geprüft und gerechnet wird?

Jörg Detjen

■ Jugendhilfe

Jugendhilfeausschuss verabschiedet Resolution gegen Waffen-Attrappen!

In der letzten Jugendhilfeausschusssitzung fand eine Resolution zu „Anscheinswaffen“ eine breite Mehrheit. Hintergrund war, dass sich eine Initiative gegen ein Geschäft in der Südstadt wandte, welches diese Waffenattrappen in seiner Auslage zeigte. Auch im Stadtteil Ehrenfeld regte sich sehr schnell Widerstand gegen ein solches Geschäft. Mit Recht machten sich Anwohner Sorgen, dass hier Anreize bei Jugendlichen geschaffen werden. Die Möglichkeit, solche Waffengeschäfte in Wohngebieten oder in der Nähe von Jugendeinrichtungen zuzulassen, muss stark eingeschränkt oder gar verboten werden.

Den Handel und Erwerb von sogenannten „Anscheinswaffen“, hat der Gesetzgeber klar geregelt. Dennoch, Soft-Air-Pistolen, aus denen Kugeln geschossen werden können, sind durchaus gefährlich. Bei diesen Waffen geht es nicht um Wasserpistolen, wie die Vertreterin der FDP bagatellisieren will, sondern um zum verwechseln ähnlich aussehende Waffen. Bei Überfällen kommen genau diese „Anscheinswaffen“ zum Einsatz und die Bedrohten oder die Ordnungskräfte können sie in einer akuten Situation nicht von echten Waffen unterscheiden. DIE LINKE. Köln hat diese Resolution vorbehaltlos unterstützt und wir fordern den Gesetzgeber auf, diese Gesetzeslücke im Sinne des Jugendschutzes zu schließen.

Gisela Stahlhofen

■ Lindenthal

RWE zieht Antrag auf vermehrte Sondermüllverbrennung zurück

Es gibt noch gute Nachrichten. Bürgerinitiativen, viele Einzelpersonen, die umliegenden Gemeinden und die Bezirksvertretung Lindenthal protestierten heftig gegen das Vorhaben der RWE, in ihrem Braunkohlekraftwerk in Hürth-Berrenrath vermehrt Sondermüll zu verbrennen.

Die BV Lindenthal wehrte sich in einer einstimmigen Resolution aller Fraktionen und der LINKEN gegen die RWE.

Da das Genehmigungsverfahren wegen der Braunkohleförderung der RWE nach Bergrecht entschieden wird, hätte die RWE nicht die strengeren Vorgaben des Umweltschutzes einhalten müssen.

Aber der öffentliche Druck war zu groß geworden. Die RWE stoppt nun ihren Müllverbrennungsantrag und will neu nachdenken. Wie gesagt: Manchmal gibt's auch gute Nachrichten...

Lothar Müller

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Termine ...

Samstag 28. Mai 2011, 14:00 - 18:00
Andreas Hövermann (Universität Bielefeld): Die Abwertung der Anderen – Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung

Nina Schillings (Politikwissenschaftlerin): Rechtspopulistische Parteien in Schweden, Norwegen und Dänemark

Veranstalter: Antifaschistische Nachrichten und Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Ort: Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3.

Montag, 06.06 17:00 Uhr
AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Dienstag, 21.06., 18:00 Uhr
AK Kunst/Kultur
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Donnerstag, 23.06., 20:00 Uhr
AK Wirtschaft und Finanzen
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Donnerstag, 30.06., 18:00 Uhr
AK Hartz IV/Soziales
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Donnerstag, 30.06., 19:00 Uhr
AK Gesundheit/Behindertenpolitik
Räume der Fraktion, Haus Neuerburg

Dienstag, 05.07., 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Montag; 11.07.; 17:00 Uhr
AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Aktionstag gegen Homophobie

Seit 2005 begehen Menschen weltweit jedes Jahr am 17.05.2011 den Tag gegen Homophobie. Ziel des Tages ist es seitdem, die rechtliche Gleichstellung, das Ende jedweder Diskriminierung und Respekt für Lesben, Schwule und Transgender einzufordern. Das Datum wurde zur Erinnerung an den 17.05.1990 gewählt, den Tag, an dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschloss, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel zu streichen. Homosexualität ist seit diesem Tag keine Krankheit mehr.

Der Kampf um gleiche Rechte und gegen Diskriminierung geht aber weiter. In Deutschland geht es vor allem um die rechtliche Gleichstellung, etwa bei der Besteuerung von Lebenspartnerschaften oder der Behandlung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften im Beamtenrecht. International muss noch viel mehr getan werden. So wurde eben am 17.05.2011 verkündet, dass der CSD 2011 in Moskau erneut verboten wird. In über 70 Staaten ist Homosexualität weiter strafbar.



Grund genug, ein Zeichen zu setzen. In Köln trafen sich am 17.05.2011 Lesben, Schwule und Transgender am Historischen Rathaus und ließen Hunderte Luftballons steigen. An jedem Luftballon war eine Karte mit dem Motto des Kölner CSD 2011 „Liebe ist...“ angebracht, die viele mit einer eigenen Botschaft ergänzten.

Übrigens: NRW hat ebenfalls im Mai 2011 beschlossen, dass homosexuelle Lebenspartnerschaften künftig im Beamtenrecht der Ehe gleichgestellt werden. Ein schöner Erfolg im Kampf gegen jede Diskriminierung von Homosexuellen.

Torsten Löser

